

Programmatische Prinzipien der Linken Plattform in der Ungarischen Sozialistischen Partei

I. Transformation des Weltsystems und linke Kräfte

Die neoliberale, oder, wie sie heute manchmal genannt wird, die neokonservative »Revolution«, die seit den siebziger Jahren nach und nach die ganze Welt erfaßt hat, hat gravierende Folgen. Ihr wesentliches Ergebnis ist, daß dem »freien Markt«, dem »entfesselten Kapitalismus« sowie einer fast grenzenlosen Herrschaft des Finanzkapitals der Weg geebnet wurde – indem gleichzeitig ein Schritt zurück gemacht wurde: weg vom organisierten Kapitalismus und vom Sozialstaat. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, der in den dreißiger Jahren entstand, ist zu einer internationalen Erscheinung geworden, die kardinale Veränderungen in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Gebieten und Regionen des Weltsystems mit sich brachte.

Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung hatte diese Transformation katastrophale ökonomische und soziale Konsequenzen. Im Rahmen des ökonomischen Weltsystems nimmt das Streben nach Hegemonie und nach Privateigentum in den Ländern der sogenannten Ersten Welt (oder »entwickelten«) Welt zu. Die Teilung in »Ost – West« wurde durch die Teilung »Süd – Nord« abgelöst – oder genauer – durch die Teilung in Reiche und Arme.

In den »sich entwickelnden« und semiperipheren Ländern führen der Ausverkauf des staatlichen Eigentums und die einseitige Öffnung ihrer Märkte (im Interesse der «entwickelten» Länder) weitgehend zum Zusammenbruch der eigenen Produktion. Von vielen wird dieser Prozeß der Akkumulation des Kapitals als »Modernisierung« begriffen. In Wirklichkeit aber führt der Druck von seiten der internationalen Finanzorganisationen in Verbindung mit dem Unvermögen, die Schulden zu bezahlen, zur Entwertung der Waren und zur Senkung des Lohnniveaus. Mehr noch: die »Entwicklungsländer« sind, um die Schulden zu tilgen, gezwungen, den konkurrenzfähigen Teil des Staatseigentums an transnationale Gesellschaften abzutreten. Trotzdem hat sich die ökonomisch-soziale Kluft zwischen den entwickelten und den sich entwickelnden Regionen der Welt nicht verringert, sondern vergrößert. Dieses Schicksal erwartet auch die Länder Osteuropas.

Gleichzeitig entstanden praktisch überall, von Afrika bis Osteuropa, Mehrparteiensysteme, die es dem Kapital gestatteten, sich von der bisherigen Wirtschafts- und Produktionswegen zu trennen. Alles wurde der neuen Strategie der kapitalistischen Akkumulation untergeordnet, die von den Ideologen des Systems »kreative Zer-

Aus: Alternativen.
Internationales gesellschafts-
politisches und analytisches
Journal, Nr. 4 (Winter),
Moskau 1996/97, S. 24-45
(leicht gekürzt).

störung« nennen. Darüber hinaus bewirkte die kapitalistische Restauration den Abfluß von Kapital aus den weniger entwickelten Ländern. Heute geben sogar die führenden liberalen Wissenschaftler Ungarns diesen Fakt zu, über den Vertreter unserer Plattform bereits 1989/90 sprachen. Die osteuropäische Region befindet sich jetzt in einer ähnlichen Krise wie in den Jahren 1929/30.

Obwohl das ökonomische Wachstum in China, Vietnam und Südostasien scheinbar beeindruckt, hat die allgemeine Zivilisationskrise das gesamte Weltsystem erfaßt. Es darf nicht übersehen werden, daß sogar hohes ökonomisches Wachstum diese »Inseln« des Staatssozialismus heute nicht vor ernststen inneren Erschütterungen schützt und auch hier sind Tendenzen einer kapitalistischen Restauration unübersehbar.

In den meisten Regionen der Erde, die eine Periode der Deindustrialisierung bzw. Marginalisierung der traditionellen Industriezweige erleben, gelang es dem Kapital, eine Zersplitterung bedeutender Teile der Industriearbeiterklasse herbeizuführen. Die anwachsende Differenzierung zwischen reichen und armen Regionen in der Welt ist Ausdruck der Restrukturierung der Weltwirtschaft und der Weltgemeinschaft. Millionen Menschen sind eines bedeutenden Teils der sozialen Errungenschaften beraubt worden, für die sie viele Jahre gekämpft haben. Die Auswirkungen dieses Prozesses haben auch die linken Kräfte in den entwickelten Ländern zu spüren bekommen – sie sind desorganisiert, zerstritten oder wenden sich neoliberalen Anschauungen zu. Überall sinkt der Einfluß der Gewerkschaften.

Die größten Verluste in diesem Prozeß der »Umgestaltung« der Weltökonomie hatten die Länder Lateinamerikas, die Mehrzahl der Länder Afrikas und Osteuropas zu tragen. Ihre ökonomischen Ressourcen stehen heute unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals, der Banken, der internationalen Finanzinstitutionen. Überall in diesen Ländern nutzen die örtlichen Kompradoren der transnationalen Unternehmen – die Schicht der »neuen Reichen«, wie deren politische Vertreter – die »ursprüngliche« Akkumulation des Kapitals zur persönlichen Bereicherung. Millionen einfacher Menschen haben nichts von der Ausweitung politischer Demokratie, weil ihr materielles und geistiges Elend Apathie zur Folge hat und zur Basis für rechtspopulistische Gedanken wird. Sie sind enttäuscht von der Wirkungslosigkeit demokratischer Institutionen. Die im Verlaufe der Systemveränderungen in Osteuropa entstandenen demokratischen Institutionen widerstanden zwar dem Vorstoß der extremen Rechten, gleichzeitig erwiesen sich die an die Macht gekommenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien aber als unfähig, ein tatsächlich sozialistisches Programm zu verwirklichen. Unter den Bedingungen des Auseinanderfallens von wirtschaftlicher und sozialer Herrschaft ohne Mitbestimmung und politischer Demokratie ist die Arbeiterklasse weitgehend schutzlos dem Druck des Kapitals ausgeliefert.

In dieser Zeit, in der die internationalen Informations- und Propagandazentren ständig von einer neuen kapitalistischen Revolution, von Informationsgesellschaft und technologischen Innovationen reden, verfügt die Hälfte der Menschheit nicht einmal über ein

Telefon. Die soziale Ungleichheit und Differenzierung hat rapide zugenommen. Im Zuge der Transformation ist durch die wachsende Macht des internationalen Finanzkapitals eine Schwächung der traditionellen Rolle des Staates in der sozialen und ökonomischen Sphäre eingetreten. Nach wie vor wird ein bedeutender Teil der Produktionsressourcen der »Entwicklungsländer« zur Tilgung der Auslandsschulden verbraucht. Die Kürzung der Ausgaben für die soziale Sphäre geht einher mit einer Verschlechterung sowohl der finanziellen Lage der örtlichen Bevölkerung als auch einer verringerten Durchsetzbarkeit ihrer sozialen Interessen.

Die Linken erwiesen sich nicht nur als unfähig, eine Privatisierung zu verhindern, die alle gesellschaftlichen Verhältnisse in Markt- und Geldverhältnisse verwandelt, sondern sie selbst reden der privaten Enteignung unter der Losung einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität das Wort. Allerdings hat die Privatisierung nirgends weder zur Erhöhung des Lebensniveaus der Menschen noch zur Verbreiterung der Massenkultur oder zur Verbesserung der Lebensbedingungen geführt. Es ist genau das Entgegengesetzte eingetreten.

Bis heute waren die Linken in Osteuropa nicht fähig, ihre Strategie zu ändern. Entweder sie sind im Liberalismus aufgegangen, oder sie hielten an der konservativen Verteidigung des Sozialstaates fest. Doch die Auferstehung des Sozialstaates alten osteuropäischen Typs unter den sich verändernden Bedingungen der Weltwirtschaft ist unmöglich. Sie ist auch gar nicht notwendig. Die sich erneuernde sozialistische Bewegung darf sich dieses Ziel nicht stellen, wenn sie nicht den bürokratischen Staat wiederbeleben will.

Aus diesem Grund muß die sozialistische Bewegung in ihren Visionen von einer zukünftigen Gesellschaft sich vor allem mit dem Konzept vom »schlanken Staat« auseinandersetzen. Die anti-staatliche Richtung des Neoliberalismus, die kapitalistische Zerstörung des Sozialstaates, wird zu großen sozialen Verlusten für die Bevölkerung führen. Der Prozeß der Verelendung ist von einer grundlegenden »Entsicherung« aller sozialen Verhältnisse begleitet. Das wird in der Zunahme von Verbrechen, Prostitution, Umweltzerstörung, Analphabetismus und im Absinken der Lebenserwartung, was wir in Osteuropa im letzten Jahrzehnt erleben konnten, besonders deutlich. (...)

Bedauerlicherweise war die internationale Linke bis heute nicht in der Lage, die Richtung der Transformation und ihre längerfristigen Perspektiventatsächlich zu erkennen. Sie vergeudet stattdessen ihre Kräfte mit nebensächlichen Problemen. Aus der Defensive heraus unternahmen die Linken lediglich zögerliche Versuche, langfristige Konzeptionen zu formulieren, die allerdings in der Öffentlichkeit völlig wirkungslos geblieben sind. Die traditionelle kommunistische und sozialdemokratische Bewegung hat eine historische Niederlage erlitten, wurde in der politischen Sphäre marginalisiert oder zum Neoliberalismus »bekehrt«. Die neue Linke konnte oft nur mit Mühe eine Neuformierung erreichen. Erst heute, nachdem die Euphorie der Jahre 1989/90 verflogen ist und unter dem Druck der immer mehr verarmenden und verelenden Menschen, beginnen linke Organisationen, die Tiefe und das Ausmaß ihrer Niederlage zu begreifen. Die größte Niederlage der

internationalen Linken ist der Zusammenbruch der Sowjetunion, genauer: des osteuropäischen Staatssozialismus.

II. Ursachen und Konsequenzen der Niederlage des Staatssozialismus
Erstens: Der Staatssozialismus, der sich im internationalen System in der Isolation befand, war eine historische Form des gesellschaftlichen Überbaus, der auf die Verwirklichung sozialer Gleichheit mit Hilfe von Staatseigentums, Staatsmacht und staatlichem Verteilungssystem zielte. Die Niederlage des staatssozialistischen Systems reflektiert auch den Fakt, daß die Sowjetunion vom Zwang zur Großmachtrolle schließlich besonders im Bereich der Militärausgaben überfordert wurde. Bemerkenswert ist, daß auch die USA aus diesem Wettstreit ökonomisch geschwächt hervorgegangen sind. Die bipolare Welt wurde Vergangenheit, und es begann eine neue Epoche. Einerseits verringerte sich die Gefahr eines Atomkrieges, andererseits war das internationale Sicherheitssystem in einem solchen Maße zerrüttet, daß seine Neustrukturierung unumgänglich wurde. Unter den »einseitigen« Machtverhältnissen, wie sie in der Welt mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus entstanden sind, gibt es keine Kraft mehr, die sich für eine wirksame Sicherung des Sozialstaates einsetzen könnte. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zur Veränderung sowohl der militärischen als auch der ökonomischen Beziehungen zwischen den Staaten. Heute kann man sagen, daß die USA sowohl militärisch wie auch wirtschaftlich die dominierende Position einnehmen; auch weil die beiden anderen führenden Weltmächte – Deutschland und Japan – keine Atomwaffen besitzen.

Das System des Staatssozialismus konnte sich nicht den Veränderungen in der Welt und den Transformationsprozessen in der Weltwirtschaft anpassen. Heute ist klar, daß der Staatssozialismus eine Strategie nachholender Modernisierung war, die bei dem Versuch gescheitert ist, die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, der direkten Demokratie sowie eine eigenständige zivilisatorische Mission umzusetzen.

Zweitens: Die Perestroika als demokratisch-sozialistisches Reformexperiment eines »Dritten Weges« zwischen Staatssozialismus und kapitalistischer Restauration geriet Ende der achtziger Jahre in die Sackgasse. Michail Gorbatschow und die Führung der KPdSU konnten sich nicht entschließen, die Kontrolle über das Eigentum tatsächlich an die Arbeitskollektive, die gesellschaftlichen Organisationen und die Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu übergeben. Die Sozialisierung des staatlichen Eigentums wurde nicht erreicht. In diesem Entwicklungsstadium des Staatssozialismus hätte eine Massenbewegung die bürokratisch-konservativen Tendenzen in der Politik aufhalten können. Ende 1988 gab Michail Gorbatschow dem Druck des Internationalen Währungsfonds nach und übernahm eine bürgerliche Privatisierungskonzeption anstelle einer Konzeption der Sozialisierung des Staatseigentums. Infolgedessen gelang es der Bürokratie und den privilegierten sozialen Schichten des alten Systems, in dessen Händen sich das Staatseigentum befand, dieses in Privateigentum umzuwandeln. Die führenden Gruppierungen der staatssozialistischen Elite

verständigten sich mit dem Ziel, ihr Überleben zu sichern, insgeheim auf die Demontage des alten Systems. (...)

In den Ländern Osteuropas hat diese verhältnismäßig dünne Schicht der neuen Reichen inzwischen sicher Fuß gefaßt und ihre Zukunft mit der internationalen Bourgeoisie verbunden. Die Führer der National-Populisten (Shirinovskij, Csurka und andere), die bei der »großen Verteilung« zu kurz kamen, bedienten sich illusionärer Phantasien von »nationalem Reichtum« bzw. einem »nationalen Kapitalismus«, um die ärmsten Schichten der Gesellschaft auf ihre Seite zu bringen.

Drittens: Von Anfang an stand das staatssozialistische System im Widerspruch zu seiner offiziellen Ideologie – mit Beginn der achtziger Jahre war es dann nicht mehr in der Lage, jene sozialen Einrichtungen zu finanzieren, durch die die leitende bürokratische Elite ihre Existenzberechtigung legitimierte. Folglich ließ die Unterstützung durch die Bevölkerung stark nach. Die Hauptprobleme einer chronisch defizitären Wirtschaft konnten nicht gelöst werden. Deshalb wurde schließlich eine strategische Wende zur Ablösung des Staatseigentums und der bürokratischen Vergesellschaftung durch die Herrschaft des Privateigentums eingeleitet. Die jahrzehntelang gehegte Verfassungssillusion, daß das Staatseigentum dem Volk gehört, brach zusammen. In Wirklichkeit befand es sich vollständig in den Händen der Bürokratie.

Die Arbeiterklasse, die sich selbst weitgehend der Elite kommunistischer Parteien ausgeliefert hatte, verteidigte das Staatseigentum nicht, weil sie über die Jahrzehnte kein Eigentümerbewußtsein entwickelt hatte.

Die Einschränkung der politischen und ökonomischen Demokratie, die Hypertrophierung der Macht des Staates, das ungelöste Problem der materiellen Interessiertheit der Produzenten, die Bürokratie, das Einparteiensystem und die Abtrennung der Interessen und Privilegien der autoritären Staatsmacht von den Produzenten führten dazu, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die führende Elite wandte, die sich selbst mit der kommunistischen Ideologie identifizierte und diese damit diskreditierte.

Viertens: Die illusionäre Theorie einer »nachholenden Entwicklung«, das mechanische Kopieren von Produktionsformen, die für die kapitalistischen Länder typisch sind, das Ersticken jeglicher Versuche, einen eigenständigen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu finden, und der Bruch mit der sozialistischen Massenbewegung konnten nur in die Restauration der Kapitalherrschaft führen. Diese »Theorie der nachholenden Entwicklung« gründet sich auf ein Fehlverständnis zwischen dem Zentrum und der Peripherie des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Die Bourgeoisie erschafft zwar die Welt nach ihrem Bild, aber sie gleicht nicht die Unterschiede zwischen den Regionen aus.

Fünftens: Die sowjetische Außen- und Militärpolitik und ihre moralischen Folgen führten zu einer radikalen Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen gegenüber den internationalen Wirtschafts- und Finanzzentren. Neue Tendenzen der weltwirtschaftlichen Akkumulation des Kapitals führten schließlich zum Zusammenbruch des sozialistischen Experiments in den Ländern Ost-

europas. Insbesondere das Anwachsen der Auslandsschulden ebnete den Weg für die Restauration kapitalistischer Verhältnisse.

Sechstens: Letztlich müssen wir uns von den vorgeschobenen subjektiven Erklärungen für die Katastrophe trennen. Die osteuropäische Ordnung wurde keineswegs von den demokratischen oppositionellen Gruppierungen zerstört, auch waren die politischen und moralischen Verbrechen, die »Käuflichkeit« von Michail Gorbatschow und Boris Jelzin usw. nicht der Grund für den Zerfall des Systems des Staatssozialismus.

Die Zerstörung des Staatssozialismus hatte ihre Ursachen sowohl in innergesellschaftlichen Deformationen, als auch in ungünstigen Veränderungen im Weltmaßstab. Beides zusammen führte letztlich zum Abstieg in die weltwirtschaftliche Semiperipherie. (...)

Die Wiedererrichtung des alten Systems steht nicht zur Debatte, zumal die internationalen Bedingungen, die den Staatssozialismus hervorbrachten und seine Existenz ermöglichten, nicht mehr existieren. Die langfristige Aufgabe der ungarischen und aller osteuropäischen linken Bewegungen besteht in der Vorbereitung eines neuen demokratisch-sozialistischen Projekts auf intellektueller, politischer und moralischer Ebene.

III. Identitätsbestimmung

Die Ungarische Sozialistische Partei (USP) wurde im Oktober 1989 als Vereinigung unterschiedliche Plattformen gegründet. Ihr langfristiges Ziel ist die Errichtung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Mehr als ein Viertel der Delegierten des Gründungskongresses der USP bekannten sich zur Volksdemokratischen bzw. zur Linken sozialistischen Plattform. Beide bildeten später die Linke Plattform in der USP. Auf der Grundlage des ursprünglichen Programms der USP hat sich die Linke Plattform nie vom langfristigen Ziel eines demokratischen und selbstverwalteten Sozialismus losgesagt. Nach unserer Auffassung ist die Hauptaufgabe der Partei heute nicht die Förderung des kapitalistischen Umbaus, sondern die Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter, Arbeitslosen und aller Menschen, die von den Einkünften ihrer Arbeit leben, d.h., derjenigen, die unter den Bedingungen des semiperipheren Kapitalismus ihr Leben durch eigene Arbeit sichern müssen.

Deshalb sind wir davon überzeugt, daß die USP nicht »Geburts-helferin« für die unbegrenzte Herrschaft des Kapitals und des freien Marktes sein kann, sondern daß sie im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft diese Herrschaft begrenzen muß. Die unkritische Kollaboration mit dem ausländischen und inländischen Kapital beraubt die linken Sozialisten ihrer Zukunftsvision. Denn damit würde die Existenzberechtigung der Partei sich allein mit der fatalen Restauration des Kapitalismus in Ungarn verbinden. Die historische Bestimmung der Sozialisten besteht zumindest in der Eindämmung der spontan-anarchischen Bewegungsweise des Kapitals, die auf die Umwandlung aller sozialen Verhältnisse in Geldverhältnisse zielt.

Uns als Linke Plattform begreifend und ausgehend von unserer sozialistischen Identität verstehen wir, daß bei unbegrenzter Herrschaft des Kapitals beliebige Extreme möglich sind. Im November

1989 gab die Volksdemokratische Plattform eine weitreichende Erklärung ab, in der u.a. gesagt wird: »Die USP hat keine Illusionen über die problematischen Wirkungen der Marktwirtschaft und hält es für grundlegend notwendig, eine soziale Kontrolle über die Gesetze des Marktes auszuüben. Sie geht davon aus, daß in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen der Markt nicht als effektiver Regulator wirkt, sondern, im Gegenteil, den Weg bereitet für unannehmbare ungerechte soziale Entwicklungen. Deshalb unterstützt sie die Herausbildung von Einrichtungen, die auf menschlicher Solidarität gründen, vor allem in solchen Bereichen wie Bildung, Gesundheitssicherung und soziale Absicherung.« Zu diesen langfristigen Zielen bekennt sich heute die gesamte internationale sozialistische Bewegung.

Aus diesem Grund ist das Credo der Linken Plattform heute: Für Sozialisten sind die sozialen Rechte Bestandteil der Menschenrechte, wie sie von der UNO in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte 1949 formuliert wurden. Die Linke Plattform geht vom Vorrang der kollektiven Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegenüber den Interessen des Kapitals oder des Staates aus. Deshalb sind wir bereits 1989 gegen die Einführung einer neoliberalen ökonomischen Politik aufgetreten.

Mit Rückendeckung durch die Parteiführung versagte die Regierung bei der Verwirklichung eines solchen Programms, weil die Führung der Koalition ihre Interessen über die der Wähler stellte. Die Führer der USP nahmen die Warnung nicht ernst, die im 16. Punkt der Stockholmer Deklaration der Sozialistischen Internationale festgeschrieben ist – daß Gerechtigkeit und Solidarität individueller Freiheit niemals gegenübergestellt werden dürfen. Die Linke Plattform in der USP konnte damals diesen Punkt nicht verteidigen. Mit Bezug auf die soziale Kontrolle über die Wirtschaft vertreten wir nach wie vor den Standpunkt, daß »die Beteiligung der Arbeiter an der gemeinsamen Entscheidungsfindung in den Unternehmen, unter Einschluß der Gewerkschaften, den entscheidenden Einfluß auf die nationale ökonomische Politik ausüben muß«.

Nicht nur die Führung der USP, sondern auch die oberen Abteilungen der Gewerkschaften tragen Verantwortung für die undemokratische Eigentumsuwendung im Rahmen der Privatisierungspolitik. Unter den jetzigen Bedingungen ist das Vertrauen der Bevölkerung zur USP sehr gering – Grund dafür ist ihr Abweichen vom Wahlprogramm – und ohne tiefe und selbstkritische Analyse ist eine zukünftige Niederlage unausweichlich. Sozialpsychologisch gesehen, wirkt sich auf das Image der Partei besonders der Fakt negativ aus, daß die neue »Kompradorenbourgeoisie« sich in nicht geringem Maße aus der »alten-neuen« Parteienomenklatura rekrutiert. Ungeachtet des überzeugenden Wahlerfolges ist die USP keine wirkliche Massenpartei geworden, wofür vor allem ihre Führung verantwortlich zu machen ist. Leider hat sich die Linke Plattform auch übermäßig loyal gegenüber der Parteiführung verhalten. Heute hat sie schon nicht mehr das Gewicht in der Partei, das sie im Augenblick ihrer Gründung besaß, und deshalb haben ihre Bemühungen nur selten eine Bresche in die starke, auf die (bürgerliche) Mittelklasse orientierte, Parteipolitik geschlagen.

Die wichtigste Aufgabe der Linken in der USP besteht in der Sicherung möglichst günstiger Bedingungen für das Überleben der Menschheit. Dazu müssen wir alle Illusionen über die Welt in der wir leben, überwinden. Eine weitere Aufgabe der alternativen Linken ist daher die Analyse und Vermittlung dessen, was in Wirklichkeit im Weltsystem, in Europa und in Ungarn vorsichgeht.

In der demokratisch-sozialistischen Bewegung in Ungarn (und in gewisser Weise darüberhinaus) gibt es zwei grundlegende Strömungen. Die *erste* geht von der Krise der Sozialdemokratie und dem Zerfall des Kommunismus aus und behauptet, daß der Weg zur Erneuerung über die Öffnung gegenüber liberalen Positionen und die Absage an traditionelle Werte und Strukturen sozialer Demokratie führe. Die *zweite* Strömung lehnt die »Liberalisierung« ab und unterstützt ausschließlich jene Politik, die sich nicht mit der sozialen Ungleichheit und dem Anwachsen der sozialen Ungerechtigkeit abfindet.

IV. Systemveränderungen und ihre Folgen

Die Systemveränderungen in Osteuropa 1989-1991 wurden maßgeblich von den internationalen Finanzzentren beeinflusst. Im ersten Programm der USP und im Gründungsdokument der Linken Plattform wurde die Absicht erklärt, durch die Schaffung einer gemischten Ökonomie die Umwandlung Ungarns in ein kapitalistisches Land semiperipheren Typs zu verhindern. Darin wurde vorgeschlagen, daß gesellschaftliches Eigentum die wichtigste Eigentumsform darstellen sollte. Aber die Interessen der neuen Elite – die aus den Vertretern der alten Nomenklatura, aus einzelnen Gruppierungen der früheren Kommunistischen Partei und der USP sowie aus Finanzexperten, die die Interessen der neuen Eigentümer und der obersten Schichten der Bürokratie vertreten, besteht – unterwarf sich schließlich den Bestrebungen des ausländischen Kapitals, die im Widerspruch zu den nationalen Interessen stehen. Das ausländische Kapital setzte solche Systemveränderungen durch, von deren positive Wirkung die große Mehrheit der ungarischen Bürger ausgeschlossen sein wird.

Mit Hilfe der Mehrparteienwahlen gelang es der neuen Elite, die eigene Macht im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie gesetzlich zu verankern. Dieser Parlamentarismus, der »von oben« eingeführt wurde, hatte einige Besonderheiten. Die ebenfalls »von oben« geschaffenen Parteien vertreten alle die Interessen der neuen Eigentümer. Das Ungarische Demokratische Forum (UDF) hat enge Verbindungen zu ungarischen Unternehmen und den Nachkommen der alten Mittelklasse. Die Christlich-Demokratische Volkspartei (CDVP) vertritt die Interessen der Kirche, die nach 1945 ihr Eigentum verloren hatte. Ein Teil der Mitglieder der USP vertritt die Intelligenz, der andere Teil diejenigen, die aus der alten Nomenklatura hervorgegangen sind und nun danach streben, Eigentümer zu werden. Die Partei der Klein-eigentümer bringt die Interessen jener zum Ausdruck, die bis 1948 Eigentümer waren. Die Union der Freien Demokraten (UFD) vertritt schließlich die Interessen ausländischer Investoren. In ihr organisieren sich die entscheidungsfreudigsten und ambitionierte-

sten Vertreter der städtischen Intelligenz. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (ehemals führende Partei) wurde zur Arbeiterpartei und tritt jetzt für die Verteidigung des Staatseigentums ein. Die Linke Plattform der USP und die Assoziation der linken Alternative sind die einzigen politischen Strömungen, die sich konsequent für eine Wirtschaft mit vielfältigen – vor allem auch genossenschaftlichen – Eigentumsformen einsetzen.

Sogar nach Maßstäben des bürgerlichen Rechts ist die »neue Bourgeoisie« kriminellen Ursprungs. Bei der Privatisierung des Staatseigentums gibt es kaum Fälle, bei denen nicht das Rechtssystem oder zumindest einzelne Gesetze, bzw. die Interessen der Gesellschaft oder der Belegschaften verletzt worden wären. Das größte Verbrechen der sogenannten »Christlichen nationalen Koalition«, die sich von 1990 bis 1994 an der Macht befand, war die Zerstörung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der ideologische »Kreuzzug« gegen sie verband sich mit dem Versuch, das westliche Modell wirtschaftlicher Organisation durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde der ungarische Binnenmarkt bedingungslos den ungezügelten Kräften des Weltmarktes geöffnet. Die große Mehrheit der Bevölkerung, die mit der Landwirtschaft verbunden war, wollte nicht in den privaten Sektor, weil sie verstanden, daß kleine Privatbetriebe nicht in der Lage sein würden, ihre Existenz zu sichern. Zur Entwicklung der privaten Landwirtschaft konnte die »Christliche nationale Koalition« nicht die nötigen Finanzinvestitionen und auch nicht entsprechende Marktbedingungen sichern. In den neunziger Jahren wurden die neuen Grundbesitzer (vorwiegend Rentner im Alter zwischen 70 und 80 Jahren) der Willkür des sogenannten freien Marktes mit allen seinen zerstörerischen Folgen – mangelndes Kapital und unrealistische Forderungen von seiten der Banken – ausgesetzt. Alles das zeugt von einem unverzeihlichen historischen Verbrechen. Im Vergleich dazu steht die Verschleuderung eines bedeutenden Teils des nationalen Reichtums (ohne irgendeinen Nachweis) auf dem zweiten Platz der langen Liste der negativen Merkmale des Regimes Ántal-Baras.

Die Ungarische Sozialistische Partei ist eine charakteristische Organisation für die Gründungsperiode des kapitalistischen Systems. In ihr finden sich politische Vertreter praktisch aller sozialen Schichten der ungarischen Gesellschaft – vom Bankkapital, den Gewerkschaften, den Arbeitern bis zu Kleinunternehmern, der Intelligenz und den Rentnern. Allerdings spielen die bürgerlichen Interessen hier die entscheidende Rolle. Als Beweis dafür kann der Fakt gelten, daß 1992 in offiziellen Parteidokumenten die Herrschaft des Privateigentums nicht nur anerkannt, sondern als höchste Form des Eigentums im Verhältnis zum gesellschaftlichen und anderen Formen des kollektiven Eigentums betrachtet wird. Das ist bereits zu einem Dogma geworden, das keinerlei Beweises mehr bedarf.

Zu dieser Kategorie von Dogmen gehört auch der beabsichtigte Eintritt Ungarns in das »Europäisch-atlantische Bündnis«. Die linke Plattform in der USP hält dieses Dogma, das die Angliederung an die NATO zum Ziel hat, für einen ernsthaften politischen Fehler. Eine positive Folge der Systemveränderungen ist unserer

Meinung die Aufhebung der militärischen und ökonomischen Teilung Europas. Im Resultat dessen entstand die Möglichkeit der Schaffung eines Sicherheitssystems für ganz Europa, dem sich jeder beliebige europäische Staat anschließen könnte. Das Ausheben tiefer Gräben und das Errichten neuer Mauern – das darf nicht auf unsere sozialistische Fahne geschrieben werden.

Alle diese negativen Merkmale der modernen Politik widersprechen den historischen Traditionen der demokratischen Linken, ebenso der Erziehung zur Solidarität mit den Völkern der Nachbarstaaten und den ungarischen Minderheiten. Die Vertretung nationaler Interessen und die Verbesserung der Lage der ungarischen Minderheiten können nur erreicht werden, wenn Ungarn nicht zu einem zweitrangigen Partner der führenden internationalen Mächte wird. Deshalb ist es das Interesse Ungarns, einen Typ von Verteidigungssystem zu schaffen, in welchen alle europäischen Staaten einbezogen sind. Im Rahmen dieses europäischen Systems müssen wir auch die Sicherheit der ganzen Welt sehen. Vom Standpunkt des Humanismus ist die Welt einzig und unteilbar.

Obwohl sie den Fakt der Restauration des Kapitalismus anerkannte, war die Linke Plattform nicht vom Mythos des »guten Kapitalismus« und der Utopie »der nationalen Verbürgerlichung« gefangen. Der Kapitalismus in Ungarn, der ein Teil des kapitalistischen Weltsystems ist, bedeutet Herrschaft des Auslandskapitals. Die regierende sozial-liberale Koalition könnte sich wenigstens bemühen, dessen Einfluß einzudämmen, wenn sie die Kraft und den Mut dazu aufbrächte; aber bis heute ist es uns nicht gelungen, die Koalition von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Wir müssen klar erkennen, daß – ganz gleich welche Modernisierungsutopien für Osteuropa insgesamt und für Ungarn im besonderen auch verfaßt wurden – im Lande bereits der Kapitalismus semiperipheren Typs entsteht. Und das ist schon nicht mehr zu ändern, auch wenn Ungarn irgendwann auf einem elementaren Niveau der Europäischen Union beitrifft. Dieser Fakt bestimmt unser Verhältnis zum Kapitalismus.

Schlußfolgernd daraus unterstreichen wir erneut, daß im Rahmen des sich entwickelnden kapitalistischen Systems die Sozialistische Partei vor allem die Interessen der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Kleinunternehmer, der Rentner, der schutzlosen Schichten der Gesellschaft (Frauen, Jugendliche usw.) vertreten muß – mit anderen Worten, die Interessen von 80 Prozent der Bevölkerung. Der politische Kampf muß die Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen selbstorganisierenden Vereinigungen verbreitern.

V. Politische Forderungen

Erstens: Die utopische Modernisierungstheorie, derzufolge Ungarn in absehbarer Zeit die Zentren des Weltkapitalismus einholen wird, ist keine realistische Alternative. Das heißt nicht, daß Ungarn und die ungarischen Linken der Weltentwicklung entgegentreten sollten, aber es kann auch nicht heißen, daß das Land vor dem Abgleiten an die Peripherie bereits sicher wäre. Mit seinem selektiven Vorgehen hat der Westen die Länder Osteuropas gegeneinander

ausgespielt. Gleichzeitig sprechen alle westlichen politischen Führer von einem neuen Typ der Zusammenarbeit. Die Schaffung von günstigen Bedingungen der regionalen Zusammenarbeit setzt die Einbeziehung aller europäischen Staaten in die Struktur des Welt-systems voraus. Das ist unbedingt notwendig, um die Interessen einer Nation nicht in Widerspruch zu den Interessen anderer Nationen treten zu lassen. (...)

Zweitens: Langfristiges ökonomisches Wachstum ist abhängig von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Schaffung günstiger Produktionsbedingungen. Aus dieser Sicht kann nur eine solche Entwicklungsvariante erfolgreich sein, die die größtmöglichen Ressourcen zur Ausbildung der Arbeiter aufwendet und dieses Potential dann in einem breiten Spektrum von Produktionszweigen nutzt. Das Hauptziel sozialistischer Wirtschaftspolitik muß in der Befriedigung der wichtigsten menschlichen Bedürfnisse liegen, insbesondere in der Gesundheitsfürsorge, der Erhöhung des kulturellen Niveaus sowie der Sicherung des Existenzminimums für jedes einzelne Individuum. Die Schaffung sozialer Gleichheit ist auf eine lange Sicht nicht möglich ohne die Umsetzung einer fundierten wirtschaftspolitischen Konzeption, die im Kern in der Steuer- und Budgetpolitik besteht.

Drittens: In historischer Perspektive liegt der Schlüssel für eine sozialistische Wirtschaftspolitik in der Demokratisierung der wichtigsten Entscheidungsprozesse, besonders was die Nutzung der Ressourcen betrifft. Einerseits bedeutet das ein Höchstmaß an Dezentralisierung des Leitungsprozesses, andererseits führt dies zur Herausbildung einer intensiven Kooperation zwischen den Leitungsebenen. Die höheren oder allgemeineren Ebenen der größten gesellschaftlichen Einheiten stehen unter der Kontrolle der niederen Ebenen – das ist auch das Instrument, um die auf diese Weise gefaßten Entscheidungen in der Praxis umzusetzen. Neben den regulären Neuwahlen der Führungskräfte verfestigt sich gesellschaftlich ein weiteres wichtiges Instrument – die Garantie von Offenheit im gesamten Prozeß der Entscheidungsfindung. Durch das Niveau der Entwicklung der Computertechnologie und der Telekommunikation sind die technischen Möglichkeiten, um das zu erreichen, praktisch grenzenlos.

Viertens: Ausgangspunkt für eine sozialistische Wirtschaftspolitik ist der Zustand der ungarischen Gesellschaft in den neunziger Jahren – er ist gekennzeichnet durch das Absinken der Arbeitsproduktivität und des Bildungsniveaus (als Folge der Arbeitslosigkeit und der Einsparungen im Bildungssystem), aber auch durch die sinkenden Standards im Gesundheitswesen und der sozialen Absicherung. Das Eigentum an den Produktionsmitteln befindet sich nach wie vor im bedeutenden Umfang in den Händen des Staates (wenn auch in den letzten Jahren die modernsten Betriebe bereits in ausländisches Eigentum und einheimisches Privateigentum übergegangen sind). Finanziell ist die Volkswirtschaft in jeder Hinsicht instabil geblieben, ungeachtet der von der Regierung gestellten Aufgabe, die Wirtschaft finanziell zu stabilisieren. Der Sparzwang verringerte Investitionen, denn die Zahlungen der Zinsen der Auslandsanleihen erforderte die ernsthafte Nutzung

aller Reserven. Die Wirtschaftspolitik steht unter der Kontrolle des Internationalen Währungsfonds und vor allem der Regierung der USA und anderer Großmächte, die im IWF eine entscheidende Rolle spielen.

Fünftens: In der jetzigen Situation darf es nicht ausschließlich um die Machtfrage gehen. Wichtiger ist die Verbreitung sozialistischer Initiativen in den unteren und mittleren Schichten der Gesellschaft. Nur so kann garantiert werden, daß die Regierung in der Gesellschaft wirkt und nicht in einem Vakuum und daß eine reale Grundlage zur Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik geschaffen wird. (...)

Sechstens: Heute rangiert noch immer die Privatisierung an der Spitze der Prioritätenliste in der Wirtschaftspolitik. Die führenden Wirtschaftsexperten der Sozialistischen Partei bestehen weiter auf ihrer Fortsetzung (auch bezüglich des staatlichen Energiesystems, der staatlichen Ölwirtschaft usw.). Die Entscheidung über die Privatisierung muß allerdings den Zielen der nationalen Wirtschaft und des möglichen Nutzens für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unterworfen werden. Unter diesem Gesichtspunkt könnte die Bereitstellung von Krediten oder die Schaffung anderer Vergünstigungen, z.B. die Absenkung der Preise für profitable Staatsbetriebe, negative Auswirkungen auf die Privatisierung haben. Allerdings haben die Freiheitsgarantien für die neuen Privatunternehmer in der gegebenen Situation einen positiven Effekt. Folgerichtig darf der Erfolg der Betriebe nicht in erster Linie am Profit gemessen werden, der nur einem kleinen Kreis von Unternehmern zugute kommt, sondern muß danach beurteilt werden, wieviele Menschen des entsprechenden Unternehmens von den Einkünften ihren Lebensunterhalt sichern können und welchen Beitrag die Betriebe zur Entwicklung der relativen Stabilität der Region leisten. In diesem Zusammenhang war die Zerschlagung der landwirtschaftlichen und Produktionsgenossenschaften und die Privatisierung der Betriebe des öffentlichen Dienstleistungsbereichs sowie der staatlichen Banken von besonders zerstörerischer Wirkung.

Siebtens: Das Hauptproblem besteht darin, einen geeigneten Weg der Integration der nationalen Wirtschaft in die Wirtschaft der Region und ins Weltwirtschaftssystem zu finden. Es ist offensichtlich, daß der Zusammenbruch des Staatssozialismus durch viele Faktoren bedingt war. Einer der wichtigsten war, daß unter den Bedingungen des Zerfalls, der durch die sowjetische Orientierung auf die extensive Industrialisierung hervorgerufen worden war, die politische Führung des Landes nicht in der Lage war, sich in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren – besonders nicht in einer zentralen Position. Sie war außerdem nicht in der Lage, ein alternatives sozialistisches System auf der Grundlage einer demokratischen und sozialistischen Entwicklung zu schaffen. Die Verbürokratisierung machte das System des Staatssozialismus unreformierbar (die Arbeitsproduktivität verblieb unter dem Durchschnitt in Europa). In der gleichen Zeit wirkte sich die Zuspitzung der Finanzungleichgewichte zwischen Ost und West – die die Form einer langen Krise annahm – auf das Funktionieren des Systems aus. Die Verschärfung des Schuldenproblems im

Laufe der achtziger Jahre heizte das Streben der westlichen Wirtschaftsmächte an, das soziale und politische System zu zerstören, das sein Konkurrent war. Das äußerte sich im Mangel von ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa in dieser Zeit. Anstelle dessen wurden die Zinsen für die Kredite erhöht, was die entscheidende Rolle bei der Anhäufung immenser Schulden spielte.

Achtens: Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen wurde deutlich, daß es notwendig ist, die finanzielle, technische und politische Abhängigkeit des Landes von den internationalen kapitalistischen Zentren zu verringern. Dafür ist es nötig, einen Weg zur Tilgung der Auslandsschuld zu finden. Dazu müßte eine Politik gemacht werden, die dem Integrationsprozeß nicht zuwiderläuft. Im Gegenteil, die wirkliche Alternative besteht nicht darin, »sich anzuschließen oder sich nicht anzuschließen?« – sondern in der Antwort auf die Frage »Wie soll man sich anschließen?« In diesem Zusammenhang wäre es ein großer Schritt vorwärts, eng mit den Ländern, die auf gleichem Entwicklungsstand sind, zusammenzuarbeiten. Auch wenn gegenwärtig schlechten Beziehungen zwischen Ungarn und einigen seiner Nachbarn bestehen. Mit diesen Ländern wäre es möglich, einen Zollverbund zu begründen sowie eine Vereinbarung über Freihandel, Konvertierbarkeit der Währungen usw. zu schließen. Eine gleichgewichtige Zusammenarbeit mit den hochentwickelten Ländern wird nur dann möglich sein, wenn wir selbst ein höheres Entwicklungsniveau erreicht haben, vor allem auf den Gebieten der Verteilung der Einkommen und der Beschäftigung. Besonders in diesen Sphären wirken sich die Folgen der für die schwächeren Partner unrentablen Zusammenarbeit negativ aus. Die Integration gleicher Partner schafft außerdem die Basis für realere Verhandlungen, z.B. mit der Europäischen Gemeinschaft oder dem IWF (und nicht zu solchen ungünstigen Handels- und Finanzbedingungen, wie das vor nicht langer Zeit noch im Verhältnis zu Osteuropa üblich war).

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Wir verstehen, daß es der Regierungskoalition nicht gelang, das Absinken des Lebensniveaus sowie die Verluste in der Bildungssphäre und der Kultur zu verhindern. Allerdings gibt es Hoffnung auf eine positive Veränderung in dem Fall, daß unsere Vorschläge beachtet werden. Zur Erreichung dieses Ziels sind neue Formen der sozialen Beteiligung und des Wirtschaftswachstums notwendig. Die konkreten Bedingungen und eine genauere Kennzeichnung solcher Politik werden detailliert im auszuarbeitenden Programm dargelegt, das in naher Zukunft vorgelegt werden wird.

Unter den Bedingungen der fortgesetzten kapitalistischen Entwicklung sind für uns die wichtigsten Aufgaben:

- Milderung sozialer Härten dieses Prozesses für die Bevölkerung;
- Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung;
- Vervollkommnung des Systems der sozialen Versorgung und des Gesundheitswesens.

Man muß sich von einer Politik verabschieden, die die soziale Ungleichheit verschärft und zur weiteren Differenzierung der Gesellschaft führt. Deshalb müssen wir – alle möglichen demokrati-

schen und verfassungsrechtlichen Wege nutzend – die gefährliche Kluft zwischen den führenden Kreisen (den »neuen Reichen«) und der großen Mehrheit der Bevölkerung verringern. Zur Erreichung dieses Ziels brauchen wir eine demokratische sozialistische Bewegung und eine Massenpartei, die deren Interessen vertritt. Das ist ein wichtiger historischer Faktor, bei dessen Fehlen wir keinerlei Chancen bei den allgemeinen Wahlen haben werden.

Niemals darf die Gefahr unterschätzt werden, daß der wachsende nationalistische Populismus eine sich diskreditierende Linke hinwegfegen könnte. Im Zusammenhang damit besteht unsere Aufgabe darin, die Hoffnung auf eine neue demokratische sozialistische Entwicklung in historischer Perspektive neu zu beleben.

ÜBERSETZUNG AUS DEM RUSSISCHEN: MARION KUNZE